



# 2011/16 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2011/16/der-ausstieg-kommt>

## Der Ausstieg kommt

Von **Martina Mescher**

<none>

Bei der schwarz-gelben Bundesregierung ist die Freude am Wort »Gipfel« ungebrochen. Deswegen veranstaltet sie ständig »Gipfel«. Es gab »Bildungs-Gipfel«, »Atom-Gipfel«, am Freitag voriger Woche wurden die Minister der 16 Bundesländer zum »Energie-Gipfel« geladen. Beim Spiegel scheint man diese Freude nicht mehr zu teilen. Das ist verständlich, denn der Effekt ist, dass Journalisten von der Regierung zwar regelmäßig mit der Ankündigung eines Gipfeltreffens zu den Pressekonferenzen gelockt werden, aber dort nach wenigen Minuten mitgeteilt bekommen, dass die Politiker in der Kürze der Zeit natürlich zu keinem konkreten Ergebnis finden konnten. Für den Energie-Gipfel hat man beim Spiegel auf die Uhr geschaut und dann gerechnet: »Vier Minuten und fünfeinhalb Sekunden Redezeit für jeden Teilnehmer – Bahnbrechendes ist nicht zu erwarten.« Obwohl der Gipfel um eine halbe Stunde auf die bemerkenswerte Dauer von insgesamt zwei Stunden ausgeweitet wurde, lag der Spiegel natürlich richtig. Der Focus wählte für seinen Bericht vom Gipfel die treffende Überschrift: »Der Atomausstieg bleibt offen«. Immerhin hatte die Bundeskanzlerin bekanntgegeben, dass man ihn so schnell wie möglich wolle, aber in welchem Jahr, könne sie auch nicht sagen. Und einen Kostenvoranschlag gab es auch nicht. Die »angepeilte Energiewende nennt Merkel ein »spannendes Projekt«, schrieb die Süddeutsche Zeitung, um dann mahnende Worte an die Leserschaft zu richten: »Die Energiewende wird Verzicht erfordern. Sie wird das Leben der Verbraucher und Konzerne anstrengend unbequem machen.« Die Süddeutsche Zeitung hatte Informationen, dass die Energiewende jedes Jahr drei Milliarden Euro kosten könne, bei der Bild-Zeitung ging man von 16 Milliarden aus und titelte: »Kommt jetzt der Energie-Soli?« Der Focus zitierte ein CDU-Mitglied, das sogar etwas von 50 Milliarden geraunt hatte. Das war ein Schock für die Welt, die nun fürchtet, dass sämtliche Betriebe den Standort Deutschland verlassen werden.